

Schweiz

Schon 5-Jährige nach Geschlecht trennen

Moscheeprojekt Ein offenbar finanzkräftiger Islamverband will in der Region Basel ein neues Kulturzentrum mit Moschee einrichten. Geplant sind darin nicht nur nach Geschlechtern getrennte Gebetsräume, sondern auch separate Eingänge.

Kurt Pelda

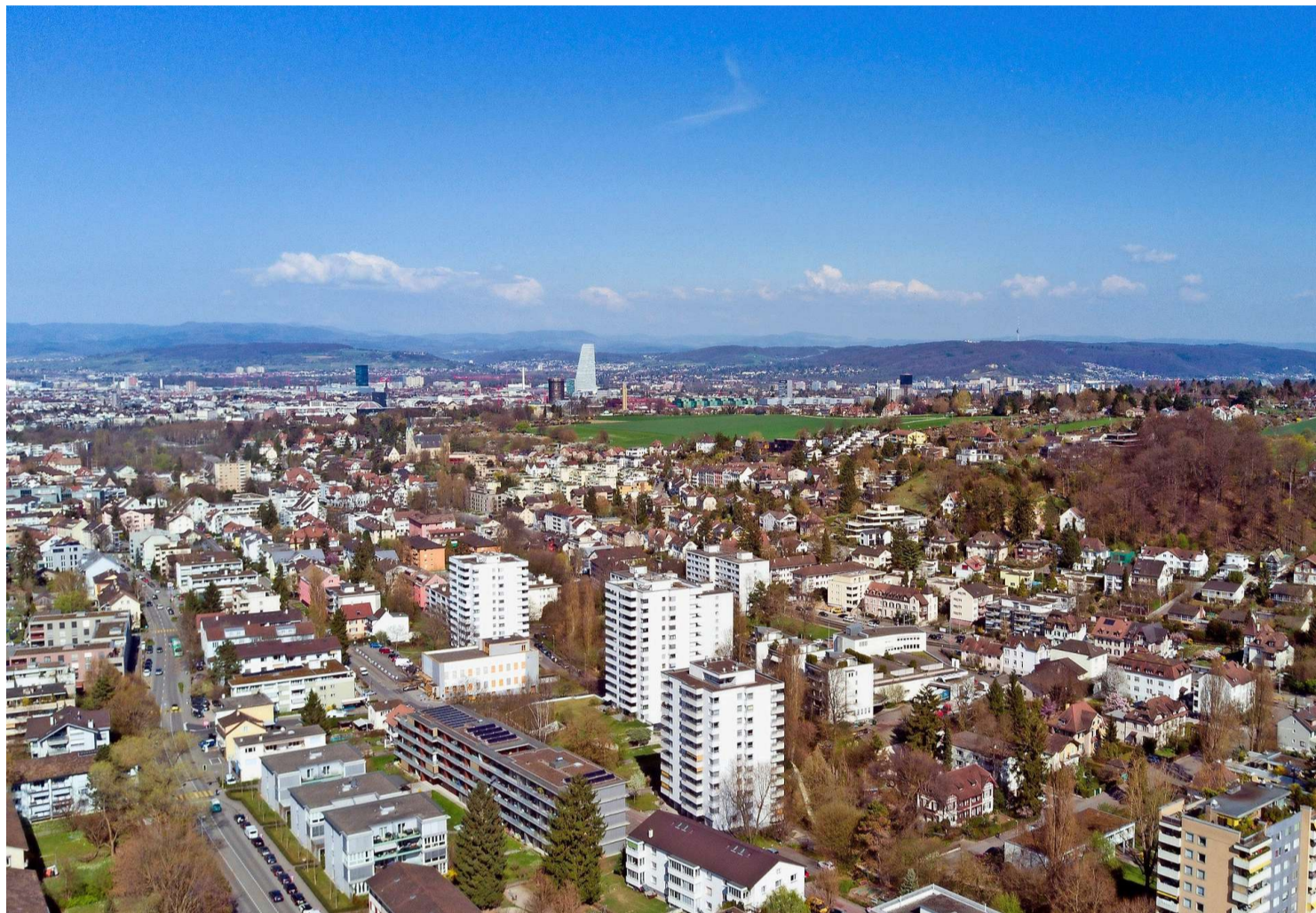
Für nicht weniger als 5,8 Millionen Franken hat der Verband der islamischen Kulturzentren (Vikz) eine dreistöckige Liegenschaft im Basler Vorort Binningen gekauft. Das geräumige Gebäude soll in ein sogenanntes Kulturzentrum umgebaut werden. Dabei sind auch zwei Gebetsräume geplant, in denen unter anderem das Freitagsgebet abgehalten wird. Faktisch handelt es sich also um eine Moschee, die durch Schulungsräume und ein Internat ergänzt wird.

Die Geschlechter sollen im Kulturzentrum strikt getrennt werden, und zwar auch schon Mädchen und Buben ab dem Alter von etwa fünf Jahren, wie im Baugesuch festgehalten wird. «Folglich sind die Räume alle doppelt vorhanden. Ebenfalls müssen die Eingänge, Gänge und Treppenhäuser ins und im Gebäude alle getrennt geführt werden», heisst es in dem Papier weiter.

Schülerheim für Buben

In der Schweiz gibt es schätzungsweise 270 Moscheen – niemand weiss das so genau. Die wenigsten von ihnen haben aber nach Geschlechtern getrennte Eingänge, wohl aber getrennte Gebetshallen oder – wo es nur einen grossen Raum gibt – eine Zone hinter den betenden Männern, die für Frauen reserviert ist. Dort, wo die Frauen getrennt untergebracht sind und keinen Sichtkontakt mit dem Imam haben, werden Gebet und Predigt via Lautsprecher übertragen.

In den allermeisten muslimischen Gotteshäusern tolen Mädchen und Buben im Kindergartenalter übrigens unbeschwert



Umstrittenes Moscheeprojekt in Binningen: Luftaufnahme der Baselbieter Gemeinde mit der Stadt Basel im Hintergrund. Foto: Dukas, Alamy

herum. Eine strikte Geschlechtertrennung ab einem Alter von fünf Jahren ist die absolute Ausnahme und kann nur als extrem bezeichnet werden.

Im Kulturzentrum ist ausserdem ein Internat für 20 Buben aus der Region geplant. Sie sollen die öffentliche Schule besuchen und im Heim Unterstützung in den Schulfächern sowie Lektionen in Religion und türki-

scher Kultur erhalten, wie der türkischstämmige Vikz-Präsident Fehmi Yildiz erklärt. Ein entsprechendes Gesuch sei beim Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Landschaft deponiert.

Der Binninger Gemeinderat hatte das Bauvorhaben des Vikz nicht auf dem Radar und reichte erst am letzten Tag der Frist vorsorglich Einsprache ein.

Er erwarte nun für die Zweckänderung ein detailliertes Nutzungs- und Betriebskonzept, schreibt er dazu in einer Stellungnahme. Unabhängig davon lehne er jegliche Form von religiösem Extremismus entschieden ab und sei nicht bereit, Vereinigungen Raum zu bieten, welche die Werte der freiheitlichen Demokratie und des Rechtsstaats ablehnten.

Das klingt fast ein bisschen so, als ob es sich bei der geplanten Moschee um einen Hort der Indoktrination und Radikalisierung handeln könnte. Der Verband steht zwar für eine äusserst konservative Islamauslegung, hat aber mit Jihadismus und dergleichen nichts am Hut.

Der deutsche Vikz, der im Gegensatz zu seinem kleinen schweizerischen Pendant eine

informative Website betreibt, praktiziert den Islam ähnlich wie der sunnitische Sufi-Orden der Nakschbandiya. Diese stammen ursprünglich aus Zentralasien. Vom 14. Jahrhundert an haben sie sich unter anderem auf den indischen Subkontinent und in den Nahen Osten ausgebreitet. Sufis verkörpern die mystische und oft auch eine tolerante Variante des Islam. Die Nakschbandiya sind bekannt für Missionierungsbestrebungen, wobei sie sich auch stark auf Kinder und Jugendliche konzentrieren.

In der Schweiz unterhält der Vikz bisher 14 Moscheen und Kulturzentren sowie drei Schülerheime in den Kantonen Zürich und Aargau. Acht der Moscheen befinden sich im Besitz des Verbands.

«Hauptziel Integration»

Woher hat der Vikz so viel Geld? «Wir erhalten keinen Rappen vom türkischen Staat und auch nicht von anderen Ländern», betont Verbandspräsident Yildiz. «Unsere Hauptquellen sind Spenden, Mitgliederbeiträge, die nach Verdienst gestaffelt meist zwischen 20 Franken und 200 Franken pro Monat betragen, und Einnahmen aus Basaranlässen.» Der Verband ist als Verein im Handelsregister eingetragen. Zweck ist unter anderem die Unterweisung im islamischen Glauben und in islamischer Lehre, die Wahrung der islamischen kulturellen Werte und «moralischer Schutz der Menschen islamischen Glaubens». Hauptziel sei es, Landsleute möglichst gut zu integrieren, ergänzt Yildiz. Wie das funktionieren soll, wenn Mädchen und Buben so früh und so strikt getrennt werden, bleibt schleierhaft.

Nachrichten

Neue Bundesrätinnen feiern in der Heimat

Wahlfeiern Die frisch gewählten Bundesrätinnen Karin Keller-Sutter (FDP) und Viola Amherd (CVP) wurden gestern in St. Gallen und Wil beziehungsweise in Brig offiziell gefeiert. Nach der Fahrt mit dem jeweiligen Extrazug von Bern aus gab es an beiden Orten Festumzüge, bei denen die Magistratinnen auf Politprominenz und auf die Bevölkerung trafen. Beide Bundesrätinnen betonten in ihren Reden, in ihrem Amt auf den Dialog setzen zu wollen. (sda)

Weiterer Politiker mit hohen Spesen

Waadt FDP-Nationalrat Laurent Wehrli hat als Stadtpräsident von Montreux 2017 neben einer Pauschale von 9000 Franken rund 40 000 Franken Spesen für Flüge, Hotelübernachtungen und Verpflegung geltend gemacht, wie die Zeitung «La Liberté» aufgedeckt hat. Die Summe soll auch Autofahrten zwischen Bern und Montreux enthalten. Der Waadtländer Nationalrat sagt, er «verstehet, dass man sich im aktuellen Kontext Fragen stellen könne». (sda)

FDP-Ständerat musste bei Leuthard antraben

Lex Beznau Der Kampf um die Revision der Kernenergieverordnung geht weiter.

Möglicherweise ist das letzte Wort im Streit um die «Lex Beznau» noch nicht gesprochen. Der Bundesrat soll die Teilrevision der Kernenergieverordnung (KEV), die er letzte Woche gutgeheissen hat, wieder rückgängig machen; das verlangen die Grünen in einer Motion, die Nationalrätin Irène Kälin (AG) gestern eingereicht hat. Mit seinem Entscheid übergehe der Bundesrat das Parlament in «unakzeptabler Art», heisst es im Vorstoss. Der Hintergrund: Die Umweltkommission des Ständerats verlangte im November vom Bundesrat, einen Prüfbericht von externen Fachleuten zu den Auswirkungen der Revision verfassen zu lassen; dieses Geschäft ist noch hängig.

Gleichwohl hat der Bundesrat am 7. Dezember auf Antrag der scheidenden Energieministerin Doris Leuthard Tatsachen geschaffen. So legte er fest, wie viel Strahlung bei einem Erdbeben, wie es alle 10 000 Jahre durchschnittlich vorkommt, aus einem Atomkraftwerk höchstens abweichen darf. Der Grenzwert beträgt 100 Millisievert – und ist damit deutlich höher als die Dosis, die beim AKW Beznau in einem solchen Fall austräte (32).



Energieministerin Doris Leuthard. Foto: Keystone



FDP-Ständerat Damian Müller. Foto: PD

Atomgegner stellen sich auf den Standpunkt, die Limite liege bei 1 Millisievert; sie stützen sich dabei auf die noch geltende KEV. Diese ist unklar formuliert, wie selbst der Bundesrat eingeräumt hat. Mit seinem Entscheid wollte er Klarheit schaffen. Beznau muss so nun sicher nicht für Nachrüstungen vom Netz.

Die Grünen halten das Vorgehen des Bundesrats für «umso stossender», als die Reaktionen in der Vernehmlassung zur KEV-Revision sehr kritisch ausgefallen seien und zudem zur Streitfrage – 1 Millisievert oder 100 – ein Gerichtsverfahren pendent sei. Leuthard, monieren linksgrüne Parlamentarier, habe der Beznau-Betreiberin Axpo ein Abschiedsgeschenk machen wollen. Zumindest hat Leuthard versucht,

das strittige Geschäft in die von ihr gewünschte Richtung zu lenken. Gemäss Informationen dieser Zeitung wandte sich die CVP-Magistratin im Spätsommer an Damian Müller – mit einer Einladung für ein Gespräch am 13. September. Der FDP-Ständerat hatte im Frühling in einem Vorstoss einen unabhängigen Prüfbericht zu den Auswirkungen der Revision gefordert; der Ständerat überwies im Sommer seinen Vorstoss an die Umweltkommission.

Müller erschien am besagten Tag in Leuthards Büro. Ob er wisse, was er mit seinem Vorstoss bewirke, soll Leuthard angemahnt und die Antwort gleich selber gegeben haben: die Schweizer Atomkraftwerke zu gefährden. Weiter soll sie gefragt haben, was er, Müller, nun mit seinem Vor-

stoss zu tun gedenke. Müller soll das als Aufforderung verstanden haben, den Vorstoss zurückzuziehen. Müller selber äussert sich dazu nicht. Er bestätigt aber, bei Leuthard gewesen zu sein. Und er stellt klar: «Nur, einschüchtern lass ich mich deswegen nicht.»

Leuthards Departement, das Uvek, will von Druckversuchen nichts wissen. Der Austausch zwischen Bundesrätinnen und Politikern über Sachthemen gehöre zum Alltag, schreibt ein Sprecher. Solche Gespräche dienten der Information und dem gegenseitigen Verständnis in einzelnen Themenbereichen. «Dies gilt auch für das Treffen zwischen Bundesrätin Leuthard und Ständerat Müller. Von Einschüchterung kann keine Rede sein.» Das, so der Sprecher, liesse sich Müller wohl auch nicht gefallen.

Seinen Vorstoss zog Müller nicht zurück. Der Rest der Geschichte ist bekannt: Die ständerätliche Umweltkommission forderte vom Bundesrat den Prüfbericht. Der Entscheid fiel einstimmig. Die Grünen hoffen daher, im Parlament eine Mehrheit für die Motion zu finden.

Stefan Häne

ANZEIGE

Weissgold & Diamanten
Nr. 558231
ab CHF
1140.-

100% WIR
AUF DAS GESAMTE
SORTIMENT

Rhomberg

www.rhomberg.ch